

Grüne

„Raus aus der SPD-Falle“

Grünen-Sprecherin Krista Sager, 42, über Zweifel an Rot-Grün und eine Annäherung an die Union

SPIEGEL: Frau Sager, die Grünen wollten den Platz der FDP im Parteiensystem übernehmen. Eine Illusion?

Sager: Keineswegs. Der Trend geht weiter in unsere Richtung, das zeigen die grünen Zuwächse. Vor allem die Jungwähler gehen zu uns – oder zur Union. Die FDP hat ihre Wähler aus den Alten-Beständen der CDU gekriegt. Wir konkurrieren mit der Union um die Jugend und um die Themen. Die Union ist unser eigentlicher Gegner.

SPIEGEL: Ein Gegner, dem die Grünen sich nähern?

Sager: Wir halten für 1998 am Ziel fest, die Kohl-Regierung durch Rot-Grün abzulösen. Aber wir müssen natürlich auch langfristig denken. Wir müssen bei den harten Themen Wirtschaftspolitik und Arbeitslosigkeit mitmischen. Dennoch bleiben wir die eigentliche Umweltpartei.

SPIEGEL: Die Grünen sollten sich nicht länger als Blockpartei im Bündnis mit der SPD verstehen, warnen Parteifreunde.

Sager: Man muß realistisch bleiben. Wenn man sich die Union anguckt, auch das kulturelle Milieu ihrer Wähler, dann weiß man: Mit denen wird

das so schnell nichts werden. Aber natürlich sehen wir, daß viele der jungen CDU-Nachwuchspolitiker erstaunliche Affinitäten zu grünen Themen zeigen.

SPIEGEL: Falls Rot-Grün in Bonn 1998 nicht klappt, wird Schwarz-Grün zur neuen Option?

Sager: Bei den Volksparteien verwischen sich allmählich die Grenzen. Und die Grünen haben auch ein Interesse, wenn das inhaltlich geht, eine babylonische Gefangenschaft im rot-grünen Lager zu überwinden. Wir werden ideologiefrei überprüfen müssen, ob es bessere und realisierbare Möglichkeiten gibt . . .

SPIEGEL: . . . schon um nicht in den Abwärtssog der SPD hineingerissen zu werden?

Sager: Man sollte jetzt nicht so tun, als wären unsere Bewegungsspielräume beliebig. Wir haben immer gesagt, das ist eine Frage der Inhalte. Dort, wo es eine verantwortbare Chance gibt, aus einer einseitigen SPD-Falle herauszukommen, werden wir die notwendigen Folgerungen ziehen.



Sager

Mehrwertsteuer

Teurer Müll

Die Bürger müssen schon wieder mit höheren Müll- und Abwassergebühren rechnen. Nach SPD-Schätzungen können bis zu 200 Mark mehr jährlich auf eine vierköpfige Familie zukommen. Grund für den möglichen Kostenschub: Der Bundesfinanzhof (BFH) prüft derzeit, ob öffentliche Entsorgungsbetriebe wie ihre privatwirtschaftlich organisierte Konkurrenz Mehrwertsteuer auf ihre Leistungen erheben müssen.

Betroffen wären rund die Hälfte der deutschen Müllentsorger und fast 90 Prozent der Abwasserbetriebe. Zwar wird das BFH-Urteil erst Ende Mai erwartet, aber das höchste deutsche Finanzgericht ließ jetzt in einem Zwischenbescheid erkennen, daß öffentliche wie private Betriebe gleich belastet werden müßten.

Vor Jahresfrist hatte Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) versucht, das Problem der Wettbewerbsverzerrung politisch zu lösen. Nach seinem Vorschlag sollten die kommunalen Abwasserentsorger den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent, Müll-

abfuhr und Straßenreinigung den vollen Satz von 15 Prozent abführen.

Doch sofort erhob sich ein Proteststurm. Gebührenerhöhungen würden unausweichlich, drohten die kommunalen Spitzenverbände im Verein mit den Sozialdemokraten. Vergebens führte Waigel entlastende Effekte ins Feld: Wer als Unternehmen Mehrwertsteuer zahle, genieße bei Investitionen – etwa in Fahrzeugparks oder Kläranlagen – steuerliche Vorteile.



Müllabfuhr in Frankfurt